

Antrag 2024/II/Wahl/7

Distrikt Lohbrügge

U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge auf den Weg bringen

1 Der Hamburger Senat setzt beim Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ins-
2 besondere auf den Schienenverkehr und dabei auf den Ausbau des U-Bahn-Netzes. Dies ent-
3 lastet den ohnehin knappen Straßenraum, führt zu keiner weiteren nennenswerten Versiege-
4 lung kostbarer Flächen und bietet auch perspektivisch die Möglichkeit zu Kapazitätsauswei-
5 tungen. In seiner „ÖPNV-Strategie Hamburg 2030: Bahn frei für den langfristigen Schienenver-
6 kehrsusbau“ hat der Senat 2014 die Potentiale für einen Ausbau des U-Bahn-Netzes aufge-
7 zeigt. Vorrang hatten damals die neue U5 und die Verlängerung der U4 zur Horner Geest, für
8 die Machbarkeitsuntersuchungen beauftragt wurden. Beide Projekte sind inzwischen auf den
9 Weg gebracht. Als weitere „Strecken mit langfristig hohen Nachfragepotenzialen“ werden die
10 U4 nach Wilhelmsburg/Kirchdorf und die Verlängerung der U2 nach Lohbrügge und Bergedorf
11 ausgemacht. Als Vorteil der U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge wird u.a. die Entlastung des
12 Busnetzes, insbesondere der Linie 12 angeführt. Die Konzeptstudie der Hamburger Hochbahn
13 identifizierte dabei als Standorte für die U-Bahn-Haltestellen das Nahversorgungszentrum Bo-
14 berg, das Nahversorgungszentrum Mendelstraße, den Bereich Korachstraße/Perelsstraße, das
15 Nahversorgungszentrum Binnenfeldredder, den Lohbrügger Markt und den Bahnhof Berge-
16 dorf. Im Oktober 2020 hatte die Bezirksversammlung mit dem Antrag 21-0593 den zeitnahen
17 Anschluss von Lohbrügge und Bergedorf an das U-Bahn-Netz gefordert. In der Antwort der Ver-
18 kehrsbehörde (21-0593.1) hieß es: „Unabhängig von einer konkreten derzeitigen Befassung wird
19 die Maßnahme im Prozess der kontinuierlichen Verkehrsentwicklungsplanung in einem Zu-
20 kunftsszenario 2035+ betrachtet und hierüber nochmals bzgl. der potentiellen Wirkung auf die
21 Mobilitätswende und die Realisierungsperspektive eingeschätzt.“ Inzwischen sind Bergedorf
22 und Lohbrügge weiter gewachsen und werden das auch in Zukunft tun. Das wirkt sich schon
23 jetzt auf die Auslastung der S-Bahn-Linie aus, die mit dem Bau des neuen Stadtteils Oberbill-
24 werder erneut zunehmen wird. Eine U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge würde hier für Ent-
25 lastung und eine Entzerrung der Verkehre führen. Angesichts der langen Planungs- und Real-
26 sierungsdauer für U-Bahn-Projekte müssen die Planungen aber jetzt schon aufgenommen wer-
27 den, damit das von der Behörde zitierte „Zukunftsszenario 2035+“ in den 2030er oder 2040er
28 Jahren zumindest mit der relativ kurzen Strecke bis zum EKZ Binnenfeldredder umgesetzt wer-
29 den kann. Die sinnvolle Einführung des 49-Euro-Tickets hat die Nutzung des ÖPNV in Hamburg
30 noch einmal erhöht und die Fahrgastzahlen des VHH auf Rekordhöhe schnellen lassen. Gerade
31 für die Randbezirke ist das ein wichtiger Antrieb für die Mobilitätswende. Das Angebot muss
32 dann aber auch entsprechend attraktiv sein. Das ist mit überfüllten S-Bahn-Zügen aber nicht
33 der Fall und mahnt beim U-Bahn-Anschluss noch einmal zur Eile. Der weiter fortschreitende
34 Wohnungsbau in Lohbrügge und Bergedorf ist ein weiterer Grund, die Planungen nun auf den
35 Weg zu bringen, besteht doch die Gefahr, dass durch weitere Nachverdichtungen potentielle
36 Flächen für Haltestellen bebaut werden. Das Projekt der U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge
37 und perspektivisch Bergedorf könnte auch für die schleswig-holsteinischen Nachbargemein-

38 den interessant sein, böte sich damit doch auch die Möglichkeit, z.B. Glinde oder Geesthacht
39 an das U-Bahn-Netz anzuschließen.

40 Der Landesparteitag möge beschließen: 1. Der Landesparteitag fordert die sozialdemokrati-
41 schen Senatsmitglieder und die Bürgerschaftsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Planun-
42 gen für eine U-Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge und Bergedorf aufzunehmen. Als erster
43 Schritt soll dafür eine Machbarkeitsuntersuchung erstellt werden. Zugleich soll mit den zu-
44 ständigen Behörden in Schleswig-Holstein geprüft werden, ob und ggf. in welcher Form dort
45 ein Interesse an einer U-Bahn-Anbindung besteht. 2. Die Forderung, die Planungen für eine U-
46 Bahn-Verlängerung nach Lohbrügge und Bergedorf aufzunehmen, indem eine Machbarkeits-
47 untersuchung auf den Weg gebracht wird, soll Eingang ins Regierungsprogramm für die Bür-
48 gerschaftswahl am 02. März finden.